77. Jahrgang. Nr. 501 Sonntag, 23. Oktober 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 64 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Pfg., außerhalb Sachsens 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 80 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Rabattabzug. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Das Reich hilft den Genossenschaften

Preußenkasse umgebaut – Neue Aufgaben

Berlin, 22. Oktober. Amtlich wird mitgeteilt: Die Verluste, die bei den Genossenschaften, insbesondere auch bei den landwirtschaftlichen, infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise aufgetreten sind, haben es mit sich gebracht, im Einvernehmen mit der preußischen Staatsregierung der Reorganisation der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, des bedeutendsten genossenschaftlichen Zentralkreditinstituts, näherzutreten. Reich und Preußen werden für die Durchführung des notwendigen Abschreibungsbedarfes erhebliche Mittel zur Verfügung stellen. Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse wird der Aufsicht des Reiches unterstellt werden und in Zukunft die Bezeichnung

„Deutsche Zentralgenossenschaftskasse"

führen. Ihr Kapital wird rund 100 Millionen Reichsmark betragen, zu denen noch 20 Millionen an Reserven hinzutreten. Das Reich und Preußen werden an diesem Kapital mit je 42,5 Millionen Reichsmark beteiligt sein. Es ist vorgesehen, daß hiervon je 2,5 Millionen Reichsmark an die Deutsche Rentenbankkreditanstalt übertragen werden.

Die über die neuen Kapitalbeteiligungen des Reichs und Preußens hinausgehenden Beträge der bisherigen Stammeinlagen bei der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse werden zur Deckung von Verlusten im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen und von Verlusten an landwirtschaftlichen Außenständen solcher gewerblichen Genossenschaften verwendet, die mit der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse im Geschäftsverkehr stehen; sie belaufen sich auf rund 40 Millionen Reichsmark. Zu dem gleichen Zweck werden 10 Millionen Reichsmark Reserven von der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse zur Verfügung gestellt.

Außerdem werden Reich und Preußen für Zwecke der Verlustbereinigung und der Nationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens Beträge bis zur Höhe von insgesamt 200 Millionen Reichsmark zur Verfügung stellen.

Die Beträge sind für das gesamte Reichsgebiet bestimmt. Ziel der Aktion ist, die lebensfähigen Genossenschaften zu erhalten. Auf das Reich entfallen rund 127 Millionen Reichsmark, die in den Reichshaushaltplänen der Jahre 1933 bis 1938 bereit und für die zunächst Schatzanweisungen zur Verfügung gestellt werden.

Die Deutsche Zentralgenossenschaftskasse wird in Zukunft der Aufsicht des Reichsministers der Finanzen unterstehen. Neben dem Direktorium werden ein Ausschuß und eine Hauptversammlung gebildet.

Die Reichsregierung ist ermächtigt, in Aenderung und Ergänzung des Genossenschaftsgesetzes gewisse näher umrissene Bestimmungen über Revision, Bilanzen- und Musterstatut der Genossenschaften zu erlassen, um im Interesse der Gesunderhaltung des Genossenschaftswesens eine wirksame Revision und eine sachgemäße Aufstellung des Jahresabschlusses der Genossenschaften sicherzustellen.

Schließlich wird das Reich zur Stützung von gewerblichen Kreditgenossenschaften und Baugenossenschaften bis zum Gesamtbetrage von rund 14 Millionen Reichsmark Garantien übernehmen und jeweils bis zur Höhe von einem Drittel dieses Betrages Mittel in den Rechnungsjahren 1932, 1933 und 1934 zur Verfügung stellen.

Die zweite Entschuldungsverordnung unterzeichnet

Berlin, 22. Oktober. Die heute unterzeichnete zweite Entschuldungsverordnung, die der beschleunigten Durchführung der Entschuldungsverfahren im Osthilfegebiet dient und die Voraussetzungen für eine erhöhte Barabfindung der Gläubiger schafft, enthält außerdem noch eine Bestimmung zur Erleichterung von Schwierigkeiten der nichtgenossenschaftlichen Gläubiger aus Warenlieferungen gegenüber Osthilfeentschuldungsbetrieben. Die Verordnung sieht die Eintragung von Uebergangshypotheken vor, die zunächst weder verzinst noch getilgt werden. Nach drei Jahren wird je nach der Lage der Landwirtschaft über ihren Fortbestand entschieden.

Verhandlungen über die Arbeitsbeschaffung

Berlin, 22. Oktober. Wie wir erfahren, finden gegenwärtig Verhandlungen zwischen den zuständigen Stellen der Reichsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Landgemeinden statt. Ueber den Gang der Beratungen kann noch nichts gesagt werden, weil sich alles noch im Stadium der Beratung befindet. Von anderer Seite verbreitete Einzelheiten aus den Verhandlungen stellen lediglich freie Kombinationen dar.

Berücksichtigung der Klein- und Mittelbetriebe

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Okt. Auf einen Brief an den Reichskanzler hat der deutschnationale Abg. Quaatz vom Staatssekretär der Reichskanzlei eine Antwort erhalten, in der betont wird, die Reichsregierung sei bemüht, die staatliche Beschaffungspolitik im Sinne einer möglichst weitgehenden Berücksichtigung der mittleren und kleineren Unternehmungen sowie der Handwerksbetriebe zu führen. Die Materialkommission für das öffentliche Vergebungswesen, der auch die Deutsche Reichsbahn angehört, habe sich mehrfach für die Notwendigkeit einer Förderung der kleinen und mittleren Unternehmungen eingesetzt.

Wahlsorgen

Einem Minister des Kabinetts Brüning wird das Wort zugeschrieben, daß sich das deutsche Volk „gesundwählen" müsse. Zum fünften Male im Laufe dieses Jahres wird die Werbetrommel gerührt, ziehen die Parteiredner durchs Land, schwirren die Meinungen durcheinander, erhitzen sich die Leidenschaften. Kein Wunder, wenn allmählich politische Ermüdung sich breit macht und mancher Staatsbürger nicht mehr weiß, wo ihm der Kopf steht und wem er nun trauen darf. Nachdem das Volk am 31. Juli gesprochen hatte und alle Mühe um die Ausdeutung des Volkswillens vergeblich war, fragt sich der parteipolitisch nicht eingereihte Wähler, zu welcher Frage er jetzt eigentlich Stellung nehmen soll und wie sie zu beantworten ist.

Gewiß, er kennt die großen Vorgänge und Umwälzungen der letzten drei Monate: vor allem den Konflikt des 13. August, der das nationale Deutschland zerrissen und den Auftakt zum mörderischen Bruderkampf zwischen dem bürgerlichen Nationalismus und der nationalsozialistischen Bewegung gegeben hat. Um die Frage, die damals zwischen Hindenburg und Hitler stand, dreht sich ja der ganze Wahlkampf: ob sich, wie Papen sagt, der Nationalsozialismus in der entscheidenden Stunde dem Vaterland versagt hat, oder ob er sich, wie Hitler seinen Anhängern jeden Tag einhämmert, unter den gestellten Bedingungen versagen mußte, gerade um der deutschen Zukunft willen. In frischer Erinnerung steht dem Wähler auch der Kampf zwischen der Präsidialregierung und dem Reichstag mit dem Gipfelpunkt im Drama der Reichstagsauflösung. Er kennt den großen Anlauf der Regierung zur Ankurbelung der Wirtschaft, ihre außenpolitische Aktion zur Erlangung der deutschen Gleichberechtigung, ihre Verfassungsreformpläne und ebenso die Kritik, die von der Links- und Rechtsopposition am neuen Kurs geübt wird.

Der Zweck jeder Parlamentswahl ist natürlich die Kundgebung des politischen Volkswillens in einer Weise, die seine Umformung zu einer arbeitsfähigen Regierungsmehrheit auf dem Wege über die Parteien ermöglicht. Nach dem Sinn der Reichstagsauflösung bedeutet das also, daß der bisher nur vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragenen Präsidialregierung auch die nach der Verfassung erforderliche Vertrauensgrundlage im Parlament geschaffen werden soll. Da stockt man schon; denn an die Möglichkeit eines solchen Ergebnisses am 6. November glaubt niemand. Als Regierungspartei, die man wählen muß, wenn man dem Kabinett Papen seine Unterstützung gewähren will, kommt ja nur die Deutschnationale Volkspartei in Frage, die zusammen mit der ihr listenverbundenen Deutschen Volkspartei zum Sammelbecken des bürgerlichen Nationalismus wird. Nach den überkommenen Begriffen ist allerdings auch dieses Verhältnis zwischen der Regierung und ihrer parlamentarischen Gefolgschaft nicht ganz klar. Die Entwicklung der Verhältnisse hat zwar das Präsidialkabinett und die Deutschnationalen als natürliche Bundesgenossen zusammengeführt, aber beide legen Wert auf eine gewisse Distanzierung, indem einerseits die Regierung geflissentlich ihre Parteiunabhängigkeit betont und anderseits die Deutschnationale Volkspartei auf die Wahrung ihrer Ungebundenheit und des Rechtes zur Kritik im einzelnen bedacht ist. Ihr Bekenntnis gilt mehr dem Prinzip der autoritären Staatsführung, als der Persönlichkeit des Reichskanzlers. Darum hat man es in Regierungskreisen zeitweilig als eine Schwäche des Präsidialkabinetts empfunden, daß bei der Volksbefragung mangels einer persönlichen parlamentarischen Hausmacht des Kanzlers keine Möglichkeit gegeben ist, den erwarteten Erfolg seiner Regierungstätigkeit deutlich sichtbar zu machen. Aus solchen Erwägungen entsprangen die Pläne zur Gründung einer besonderen Präsidialpartei, die aber an ihrer Undurchführbarkeit gescheitert sind. Es bleibt also dabei, daß die politischen Organisationen des nationalen Bürgertums, und unter ihnen vor allem die Deutschnationale Volkspartei als die stärkste, die Freunde Papens unter der schwarzweißroten Fahne sammeln werden.

Da aber selbst bei günstigster Beurteilung ihrer Wahlaussichten keine Möglichkeit zur Bildung einer Papenmehrheit aus seinen jetzigen Anhängern besteht, stellt sich die Aufgabe, wenn man über den Wahltag hinausdenkt, folgendermaßen: Es muß im Wettstreit der nationalen Richtungen versucht werden, die absolute nationale Mehrheit zu bauen, die am 31. Juli noch nicht erreicht wurde. Wenn unter solchen Umständen das Zentrum nicht mehr Gelegenheit zum Stören hätte, dann könnte der Gedanke von Harzburg trotz der heftigen Wahlgegensätze noch eine Zukunft haben. Andernfalls muß man eine Verschiebung der Machtverhältnisse in der Weise ins Auge fassen, daß die Deutschnationalen die Schlüsselstellung zwischen Zentrum und Nationalsozialismus bekommen und damit für eine parlamentarische Mehrheitsbildung unentbehrlich werden. Das war noch ein Hochziel, als die nationale Bewegung ihren Vormarsch begann. Inzwischen haben sich aber durch das Ver-

Weitere Radikalisierung der Kommunisten

Neumann, Stalins Beauftragter, kaltgestellt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Oktober. In der Kommunistischen Partei Deutschlands spielen sich zur Zeit Vorgänge ab, die angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes nicht ohne Bedeutung sind. Einmal hat die Reichsparteikonferenz der KPD. „durch einstimmigen Beschluß den Genossen Heinz Neumann und einige andere Genossen, die auf Grund ihre politischen Fehler und Abweichungen von der Linie der Partei mit den Methoden des Gruppenkampfes die Wendung der Parteiarbeit zur verstärkten revolutionären Massenpolitik zu stören versucht hatten, verurteilt", was einer Kaltstellung gleichkommt. Nach demselben kommunistischen Bericht gestaltete sich die Parteikonferenz zu einem begeisterten Bekenntnis der Partei zur bolschewistischen Führung der KPD. und zum Genossen Thälmann. Auch scheint man in der KPD. eine neue Taktik einzuschlagen. Es sind sogenannte technische Anweisungen erschienen, die insbesondere für den Wahlkampf Geltung haben sollen. Man versucht in erster Linie mit dieser neuen Taktik auf die nichtkommunistischen Arbeiter einzuwirken. Die kommunistische Parteileitung hat nämlich verfügt, daß in dem jetzigen Wahlkampf die Losung „Macht die Betriebe nazirein!" nicht mehr propagiert werden dürfe, denn es habe sich bei manchen Lohnkämpfen gezeigt, daß „die SA.-Proleten aktiv mit unseren Genossen kämpfen, daß bei einer gründlichen Durcharbeitung der Kreise wir dieselben für die revolutionäre Klassenfront gewinnen können." Ferner findet sich in den neuen Anweisungen der KPD.-Zentrale die Feststellung, daß ohne die Gewinnung oder zum mindesten Neutralisation der nationalen Arbeiterschichten die proletarische Revolution in Deutschland nicht durchgeführt werden könne. Nach den jetzt erlassenen Anweisungen sollten die Auseinandersetzungen mit der NSDAP. in erster Linie auf die Frage des gemeinsamen Kampfes in Betrieb, Büro, Stempelstelle, Stadt und Land gegen jede „kapitalistische Regierung" konzentriert werden.

Die Taktik der Kommunisten erinnert an den bekannten Fuchs, dem die Trauben zu sauer geworden sind. Da man mit der Werbung von nationalen Arbeitern für die KPD. keinen Erfolg erzielen konnte, erfindet man jetzt angeblich gemeinsame Kampflinien. Bezeichnend ist jedenfalls, daß sogar ein so unbedingter und gehorsamer Anhänger des Stalinkurses, wie der als der beste Redner der KPD. bekannte Heinz Neumann mit dem neuen Ultralinkskurs der deutschen Fremdenlegionäre des Moskauer Bolschewismus nicht mehr einverstanden ist.

Ueberfall auf Nationalsozialisten

Berlin, 22. Okt. Angehörige der SPD. überfielen heute nacht im Südosten Berlins einen Trupp Nationalsozialisten. Es entwickelte sich eine Schlägerei, bei der zwei Nationalsozialisten durch Messerstiche verletzt wurden. Fünf SPD.-Leute und sieben Angehörige der NSDAP. wurden zwangsgestellt.

Im Anschluß an eine kommunistische Versammlung wurde in der letzten Nacht der Redakteur der „Roten Fahne", Stephan Heymann, von Polizeibeamten unauffällig festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt, weil er steckbrieflich verfolgt wird.